



Reinhard Schultz  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Reinhard Schultz, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Per Mail

**Platz der Republik**  
Unter den Linden 50  
11011 Berlin  
☎ 030/227 77371  
☎ 030/227 76343  
✉ reinhard.schultz@bundestag.de

**Bürgerinnen- und Bürgerbüro**  
Roonstr. 1  
59229 Ahlen  
☎ 0 23 82/91 44 50  
☎ 0 23 82/8 16 69  
✉ reinhard.schultz@wk.bundestag.de

**Privat**  
Otto-Wels-Str. 5  
48351 Everswinkel  
☎ 0 25 82/73 71  
☎ 0 25 82/96 22  
✉ reinhard.schultzmdb@t-online.de

**Homepage:**  
<http://www.reinhard-schultz.de>

Berlin, 15.09.2005

### ***Energiepreise müssen runter!***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist eine dringende nationale, europäische und weltweite Aufgabe, die Energiepreise wieder beherrschbar und bezahlbar zu machen. Derzeit ist nicht etwa echte Verknappung der Grund für die Explosion der Öl-, Gas- und Strompreise, sondern allenfalls eine selbst verursachte Verknappung. Im folgenden möchte ich Euch gerne meine Einschätzung darlegen.

Da die **Mineralölpreise** wesentlich durch die Fördermengen der Erdöl exportierenden Staaten bestimmt werden, ist ein Vertrag der G 8 Staaten mit der OPEC über ein Mengenmanagement in Krisensituationen notwendig. Die meisten Erdöl exportierenden Staaten müssen durchaus ein Interesse an einer solchen Vereinbarung haben, da sie einen Teil ihres Gewinns in Industrieländern angelegt haben. Dort würden sie selbst Opfer zu starker Preisschwankungen.

Eine weitere Schaltstelle der Regulierung verfügbarer Mengen an Mineralölprodukten, wie Benzin und leichtes Heizöl, sind die Raffineriekapazitäten der Mineralölkonzerne. Die Kapazitäten in den USA sind veraltet und reichen oft nicht aus, den nationalen Bedarf abzudecken. Durch veränderte Beteiligungsverhältnisse verkauft ein Teil der amerikanischen Mineralölkonzerne vorzugsweise in den Fernen Osten. Im Gegenzug kaufen die Amerikaner in Europa die Märkte leer. Diese künstliche Nachfrage führt zu gewaltigen Preissteigerungen.

Der Hurrikan Katrina hat die Erdölförderung im Golf von Mexiko für Wochen lahm gelegt. Die Förderung dort entspricht 20 Prozent des Weltbedarfs. Dieser externe Schock verschärft die Versorgungskrise in den USA und den Druck, sich mit Mineralölprodukten z.B. in Europa zu versorgen. Weitere Überhitzungen beim Preis sind die Folge.

Die Freigabe eines Teils der **nationalen Erdölreserven** hat in bescheidenem Umfang zur Dämpfung der Marktpreise geführt. Ich halte es jedoch für dringend erforderlich, die nationalen Erdölreserven zu erhöhen. Außerdem sollten die europäischen Betreiber von Erdölraffinerien gezwungen werden, Interventionskapazitäten vorzuhalten. Diese Kapazitäten stehen dem Weltmarkt grundsätzlich zur Verfügung. Im Falle einer Versorgungs- und Preiskrise allerdings sollten diese Kapazitäten ausschließlich den europäischen Markt bedienen, um die notwendige Versorgungssicherheit oder ein volkswirtschaftlich verträgliches Preisniveau herzustellen.

Die Suche nach **alternativen Kraftstoffen** muss weiter forciert werden. Biokraftstoffe haben eine große Chance. Ich schlage vor, Biodiesel schrittweise einer maßvollen Besteuerung zuzuführen, um aus dem Erlös Strategien, die „Weg vom Öl“ führen, zu finanzieren. Auch die von mir selbst initiierte Befreiung von Bioethanol von der Mineralölsteuer sollte bald aufgegeben und durch einen Beimischungszwang ersetzt werden. So wird schneller ein großes Marktvolumen erreicht, der Mineralölverbrauch abgesenkt und zugleich die CO<sub>2</sub>-Abgabe im Straßenverkehr deutlich verringert.

Die Preise für **Erdgas** sind traditionell im Rahmen der Lieferverträge der Erdgas fördernden Unternehmen mit deren Abnehmen um sechs Monate zeitversetzt an die Preisentwicklung für Rohöl gekoppelt. Was früher zur Verstetigung der Preisentwicklung beitragen sollte, erweist sich heute als Bumerang. Deswegen sollten die G 8 Staaten verabreden, die Unternehmen zu zwingen, Preistransparenz herzustellen und die Kopplung aufzugeben. Das hat jedenfalls Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgeschlagen.

Die **Strompreise** in Deutschland sind hoch. Als 1997 die Liberalisierung der Strommärkte begann, haben einige aggressive neue Marktteilnehmer, wie Yellow, dazu beigetragen, dass der Strompreis nicht mehr die Reinvestitionskosten der Stromerzeugung bedienen konnte. Die damit verbundenen Verluste wurden zum Teil durch überhöhte Netzentgelte ausgeglichen.

Die Folge war eine beschleunigte Konzentrationswelle, aus der vier große Stromerzeuger und Netzbetreiber hervorgingen, neben vielen regionalen und kommunalen Unternehmen. Inzwischen sind die Strompreise wieder gestiegen. Das lag zunächst an einer gewissen Verknappung wegen des gestiegenen Strombedarfs. Der Ausstieg aus der Kernenergie hat sich dagegen nicht nennenswert in höheren Preisen ausgewirkt. Externe Effekte erhöhen die Verknappung, z.B. die wochenlange Stilllegung von Kernkraftwerken in Deutschland und Frankreich, weil wegen des heißen Wetters kein Kühlwasser zur Verfügung stand. In dieser Zeit wurde wegen weitgehender Windstille auch kein Windstrom erzeugt. Die dafür vorzuhaltenden Re-

gelkraftwerke übernehmen deren Leistung mit. Die Kapazitäten der konventionellen Kraftwerke waren bis zum Anschlag ausgereizt.

Seit Mitte des Jahres ist die zweite Stufe der Liberalisierung des Strommarkts umgesetzt. Stromnetze müssen zu Durchleitung von Strom des Wettbewerbers diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Netzentgelte werden kontrolliert. Dies wird wahrscheinlich zu einer weiteren Konzentrationswelle zunächst bei Stadtwerken und Regionalnetzen, im europäischen Verbund später auch darüber hinaus, führen.

Eine weitere den Strompreis bestimmende Größe ist das Alter der Kraftwerke und Netze. Unternehmen mit vielen alten und abgeschriebenen Anlagen haben günstigere Kosten als Unternehmen, die z.B. in Ostdeutschland alle Kapazitäten im Rahmen von Neuinvestitionen oder Generalüberholung in kurzer Zeit schaffen mussten.

Die Notwendigkeit, wegen der CO<sub>2</sub>-Problematik und dem fortschreitenden Ausstieg aus der Kernenergie in den nächsten Jahren etwa 40 GB Kraftwerksleistung (40 Großkraftwerke) neu errichten zu müssen, wird zur Preissteigerung bei der Erzeugung führen. Allein bis zum Jahr 2010 will die Stromwirtschaft 20 Milliarden Euro in neue Kraftwerke und Netze investieren.

Sind Angebot und Nachfrage ausgeglichen oder eher knapp, bestimmt das Kraftwerk mit den höchsten Kosten (Abschreibungen und Preise für Primärenergie) für den jeweiligen Lastbereich die gesamte Preiskulisse und markiert den oberen Punkt der möglichen Marge auch für Kraftwerke mit deutlich niedrigeren Kosten. Dieser Spielraum wird marktwirtschaftlich ausgeschöpft. Möglichem Machtmissbrauch muss das Bundeskartellamt begegnen. Sollten die Strompreise dauerhaft so hoch sein, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdet ist, muss auch die staatliche Regulierung der Erzeugungspreise als denkbare Option ins Auge gefasst werden.

Ein großer Teil der erzeugten Strommengen fließt im Rahmen von längerfristigen Lieferverträgen an die Kunden, zumeist Regionalverteiler, Stadtwerke oder Industrieunternehmen. Ein anderer Teil wird gehandelt, entweder an der Strombörse oder im direkten Handel. Hier bestimmt der jeweils höchste an der Börse erzielte Preis die Preise für alle anderen kurzfristig verfügbaren Strommengen.

Ein besonderer Effekt kommt durch den erst jüngst begonnenen Handel mit **CO<sub>2</sub>-Verschmutzungszertifikaten** zustande. Das Recht eines Kraftwerksbetreibers, CO<sub>2</sub> abzugeben, wird bestimmt durch den Umfang seiner Verschmutzungsrechte. Die Zertifikate sind frei handelbar. Auf Dauer sollen Kraftwerksbetreiber, die ihre CO<sub>2</sub>-Mengen senken, die über-

schüssigen Zertifikate verkaufen können. Und die Betreiber, die mehr Rechte brauchen, müssen Zertifikate hinzukaufen.

Für die erste Handelsperiode bis zum Jahr 2007 haben wir die Unternehmen im Wesentlichen mit kostenlosen Zertifikaten ausgestattet. Von 2007 bis 2010/12 ist das ähnlich geplant. Der Markt für CO<sub>2</sub>-Zertifikate ist noch nicht sehr weit entwickelt. Nur wenig handelbare Zertifikate stehen für Kauf und Verkauf zur Verfügung, weil zumindest in Deutschland die Unternehmen ihre Verschmutzungsrechte selbst brauchen. Durch diese Knappheit ist der Preis für CO<sub>2</sub>-Zertifikate pro Tonne Co<sub>2</sub> anstatt auf 7 Euro wie geschätzt auf 35 Euro gestiegen. So weit so gut.

Die Stromunternehmen rechnen den Preis für CO<sub>2</sub>-Zertifikate als so genannte Opportunitätskosten in ihre Strompreise ein. Zum Teil mit den einmal geschätzten 7 Euro, zum Teil höher. Im nächsten Jahr sicher deutlich höher angesichts der tatsächlichen Zertifikats-Preise. Und das, obwohl ihnen diese Zertifikate kostenlos von Staat zugesprochen wurden. Warum: Die Unternehmen könnten ja die Zertifikate auch verkaufen. Darauf verzichten sie, weil sie Strom produzieren und die Zertifikate über den Strompreis vergolten werden. Das ist zwar marktwirtschaftlich vorstellbar, aber dennoch verrückt. Denn wenn sie die Zertifikate tatsächlich verkauft hätten, hätten sie keinen Strom erzeugen können. Die Folge wäre allerdings nicht, dass dann der Strom automatisch billiger wäre. Denn die betroffenen Kraftwerke lägen still und die Erzeugungskapazität wäre deutlich knapper. Die Preise stiegen auch in diesem Fall.

Ich halte es für notwendig, die Stromerzeuger zu überzeugen, diese Preistreiberei mit Hilfe kostenloser CO<sub>2</sub>-Zertifikate zu lassen. Anderenfalls müsste der Gesetzgeber in der nächsten Zuteilungsperiode die Verschmutzungsrechte komplett am Markt versteigern. Dann entstünden den Unternehmen tatsächlich auch die Kosten, mit denen sie heute – obwohl sie nicht anfallen – die Preissteigerungen begründen. Der Strom würde dann zwar nicht billiger, aber der Staat hätte Milliarden-Einnahmen, mit denen er zum Beispiel CO<sub>2</sub>-Minderung im Zuge von Energieeinsparung fördern könnte.

Allerdings halte ich es auch für zwingend, dass die Wirtschaftszweige, die am CO<sub>2</sub>-Zertifikatenhandel teilnehmen, nicht durch weitere CO<sub>2</sub>-Minderungskosten, wie z.B. die Ökosteuern, zur Kasse gebeten werden. Auch das dämpft Preise. Die Preise aller CO<sub>2</sub>-mindernden Maßnahmen sollten mittelfristig die CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreise als oberste Grenze haben. Daran sollte z.B. auch die Windenergie gemessen werden, deren Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung derzeit um ein Mehrfaches höher ist, als sie die Zertifikate abbilden.

Nach wie vor muss aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen der **Verbrauch an Primärenergie** deutlich abgesenkt werden. Alle Investitionen in effiziente Energienutzung und Energieeinsparung rechnen sich bei hohen Energiepreisen schnell.

Auch die weltweiten größten Energieverschwender wie die USA, China und Indien müssen zum vernünftigen Umgang mit Primärenergie angehalten werden. Deswegen hat es wahrscheinlich wenig Sinn, diesen Ländern das Kyoto-Protokoll aufzwingen zu wollen. Vielmehr sollte ein gemeinsamer Weg der bisherigen Kyoto-Staaten mit den Energieverschwendern gefunden werden, durch eine weltweit verabredete Modernisierungspolitik den Zuwachs des Energieverbrauchs zu dämpfen.

Die Bundesregierung muss und wird ihre Anstrengungen in der Erforschung neuer Energien bzw. der deutliche Effizienzsteigerung beim Einsatz fossiler Energien erhöhen und ihre Förderprogramme auf Verminderung des Primärenergieeinsatzes konzentrieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klaus Fuchs', written in a cursive style.